

EUROPÄISCHES PARLAMENT

DELEGATION IM PARLAMENTARISCHEN AUSSCHUSS FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT EU-REPUBLIK MOLDAU

MITTEILUNG AN DIE MITGLIEDER

INFORMATIONSVERMERK

ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER DELEGATION IM PARLAMENTARISCHEN AUSSCHUSS FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT EU-REPUBLIK MOLDAU

**GENERALDIREKTION
EXTERNE POLITIKBEREICHE DER
UNION**

9. Juni 2004
EUR/TB/ES

Einleitung

Bisher war die Delegation des Europäischen Parlaments im Parlamentarischen Ausschuss für die Zusammenarbeit EU-Republik Moldau Teil der gemeinsamen Delegation für die Beziehungen zur Ukraine, zur Republik Moldau und zu Belarus. Der Rahmen für die Tätigkeit der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zur Republik Moldau ist das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA), das mit der EU ausgehandelt wurde und am 1. Juli 1998 in Kraft trat. Diese Abkommen, die mit vielen anderen ehemaligen sowjetischen Republiken geschlossen wurden, sollen einen klaren Rahmen für die Entwicklung der bilateralen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit bieten. Sie beruhen auf der Annahme, dass die betreffenden Länder die Marktreforment fortführen und dafür sorgen, dass die politischen Institutionen auf der Grundlage demokratischer Prinzipien funktionieren können.

Ein Schlüsselement jedes Abkommens ist der Prozess der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Ein parlamentarischer Kooperationsausschuss soll die parlamentarische Kontrolle über die Durchführung der Abkommen ausüben und ein offenes Diskussionsforum für Fragen von gemeinsamem Interesse bieten. Die relevanten Artikel des PKA, die sich auf den Kooperationsausschuss beziehen, lauten wie folgt:

Artikel 87:

Es wird ein Parlamentarischer Kooperationsausschuss eingesetzt. In diesem Gremium treffen Abgeordnete des Parlaments der Republik Moldau und des Europäischen Parlaments zu einem Meinungsaustausch zusammen. Er tagt in regelmäßigen Zeitabständen, die er selbst festlegt.

Artikel 88:

- Der Parlamentarische Kooperationsausschuss setzt sich aus Abgeordneten des Europäischen Parlaments einerseits und Abgeordneten des Parlaments der Republik Moldau andererseits zusammen.
- Der Parlamentarische Kooperationsausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.
- Den Vorsitz im Parlamentarischen Kooperationsausschuss führt abwechselnd das Europäische Parlament und das Parlament der Republik Moldau nach Maßgabe der Geschäftsordnung.

Artikel 89:

- Der Parlamentarische Kooperationsausschuss kann den Kooperationsrat um sachdienliche Informationen zur Durchführung dieses Abkommens ersuchen; dieser erteilt dann dem Ausschuss die erbetenen Informationen.
- Der Parlamentarische Kooperationsausschuss wird über die Empfehlungen des Kooperationsrats unterrichtet.
- Der Parlamentarische Kooperationsausschuss kann Empfehlungen an den Kooperationsrat richten.

Republik Moldau

Die Republik Moldau ist ein kleines Land mit erheblichen lateinischen Einflüssen in seiner Kultur. Das Land unterhält eine besondere Beziehung zu Rumänien, obwohl dies von geringerer Bedeutung ist, seit die kommunistische Regierung von Präsident Voronin 2001 an die Macht gekommen ist. Dennoch ist Moldau aufgrund seiner intensiven Beziehungen zu Rumänien besonders von den Auswirkungen der EU-Erweiterung betroffen. Die Republik Moldau hat erklärt, sie strebe gegebenenfalls die Mitgliedschaft in der EU an, und diese Politik wird parteiübergreifend unterstützt.

Die kommunistische Regierung hat die Zügel fest in der Hand, es gibt jedoch eine lautstarke, wenn auch geteilte Opposition aus dem rechten Lager. 2002 fanden große Demonstrationen auf der Straße gegen die Regierung statt, kleinere Versammlungen gab es 2003. Bei den Kommunalwahlen im Mai 2003, bei denen sie knapp 50% der Stimmen erhielten, wurde die vorherrschende Stellung der Kommunisten bekräftigt. Drei der Oppositionsparteien bildeten eine Allianz – „Unser Moldau“.

Die Zentralregierung in Chisinau hat keine Kontrolle über die Region Transnistrien, die sich nach einem brutalen Krieg 1992 von Moldau abgespaltete. Es fanden Gespräche zwischen beiden Seiten statt, in wesentlichen Punkten wurde jedoch keine Einigung erzielt. Chisinau will einen Zentralstaat, in dessen Hoheitsgebiet Transnistrien auf föderativer Ebene einen untergeordneten Status mit weitreichender interner Autonomie erhalten soll. Die transnistrischen Behörden wollen einen gleichberechtigten Status für ihre Region und befürworten eine Art Konföderation, in der sie gleiche Befugnisse haben. Einige russische Truppen und Waffen sind immer noch in Transnistrien vorhanden, obwohl auf dem Gipfeltreffen der OSZE in Istanbul 1990 beschlossen wurde, dass bis Ende 2002 alle abgezogen werden würden. Das Problem ist weiterhin eine offene Wunde und es gibt ernsthafte Sicherheitsbedenken, da die Region nachweislich eine Basis für Waffenschmuggel und Menschen-, Tabak- und Drogenhandel ist.

Offiziellen Angaben zufolge ist die Republik Moldau das ärmste Land Europas; diese Situation wird noch durch seine Energieabhängigkeit und Energieschulden gegenüber Russland verschärft. Seit 2000 ist etwas Wirtschaftswachstum zu verzeichnen, wenn auch auf sehr geringem Niveau. Die Strukturreformen sind sehr begrenzt, insbesondere im Bereich der Privatisierung. 40% der industriellen Kapazität befindet sich in Transnistrien. Zahlreiche junge Moldauer haben das Land verlassen, um im Ausland zu arbeiten und einigen offiziellen Quellen zufolge arbeiten 600.000 Menschen, bzw. über 30% der erwerbstätigen Bevölkerung im Ausland.

2001 wurde Moldau Mitglied des Stabilitätspakts für Südosteuropa sowie der WTO. Das Land ist ebenfalls Mitglied der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Seit 1991 hat es Unterstützung in Höhe von insgesamt 253 Mio. € erhalten. 2002-2003 erhielt es 54 Mio. €, wovon 25 Mio. € aus dem TACIS-Programm stammen. Was uns immer noch stört ist die Tatsache, dass es in Chisinau keine vollständige Delegation der Europäischen Kommission gibt – dieses Anliegen wurde vom Kooperationsausschuss in mehreren gemeinsamen Erklärungen hervorgehoben.

Am 12. Mai 2004 veröffentlichte die Europäische Kommission Vorschläge für eine Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), die die „neuen Nachbarn“, einschließlich Moldau betrifft. Das Dokument enthält vor allem allgemeine Grundsätze, und die Kommission hat zugesagt, für jedes Land wichtige Einzelheiten im Rahmen von Aktionsplänen vorzulegen. Die Politik soll von der Frage der Mitgliedschaft unabhängig sein und die Möglichkeit einer allmählichen Integration bieten, ohne dass im Voraus darüber entschieden wird, welche Länder eines Tages vielleicht der EU beitreten werden. Für viele in Moldau, insbesondere in der pro-europäischen parlamentarischen Opposition, wird die Attraktivität der Europäischen Nachbarschaftspolitik dadurch geschmälert, dass kein Versprechen im Hinblick auf einen Beitritt gemacht wird. Außerdem musste die Kommission sich an die bestehenden EU-Politiken halten; daher ist es derzeit nicht möglich, Moldau und anderen Nachbarländern zwei Vorteile zu bieten, die sie wirklich möchten: Den visafreien Zugang zur EU und Freihandel bei Agrarprodukten. Der Aktionsplan wird maßgeschneidert sein und den derzeitigen Stand der Beziehungen zwischen beiden Seiten widerspiegeln. Die im Aktionsplan festgelegten Prioritäten werden die Politik der nächsten drei bis fünf Jahre bestimmen. Ab 2007 wird der Plan durch ein neues Finanzinstrument, dem europäischen Nachbarschaftsinstrument, ergänzt, das sich vor allem auf die grenzübergreifende Zusammenarbeit konzentrieren wird.

Tätigkeit des Europäischen Parlaments

Während der gesamten laufenden Wahlperiode hat das Europäische Parlament mit dem Parlament der Republik Moldau einen politischen Dialog aufrechterhalten. Die Delegation war ebenfalls Resonanzboden für Diskussionen über Menschenrechtsverletzungen. So wurde z.B. die Frage des regelmäßigen scharfen Vorgehens der Regierung gegenüber der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition erörtert. Zusätzlich zu den jährlichen Treffen des Parlamentarischen Kooperationsausschusses gab es regelmäßige Treffen des Vorstands der beiden Delegationen.

Auf jedem Treffen des Parlamentarischen Kooperationsausschusses wird eine gemeinsame Erklärung angenommen, in der Themen von gemeinsamem Interesse angegangen werden. Eine der wichtigsten Themen dieser Erklärungen war die Förderung engerer Beziehungen zwischen der Republik Moldau und der EU. Hervorgehoben wurde ebenfalls die Bedeutung der Grundsätze der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit als Fundament der Beziehungen zwischen der EU und Moldau. In Bezug auf Transnistrien hat die Delegation stets mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass „die Lösung des Transnistrienproblems eines der Schlüsselemente bei der Förderung des wirtschaftlichen Wohlstands und der politischen Stabilität in der gesamten Republik Moldau darstellt; er betont erneut, dass es dringend erforderlich ist, Schritte zur friedlichen Lösung des Konflikts zu unternehmen, die mit den OSZE-Erklärungen in Einklang stehen und die Souveränität und die territoriale Integrität der Republik Moldau vollständig anerkennen“. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Moldau und seinen Nachbarn wurde wiederholt unterstützt. Die jüngste gemeinsame Erklärung ist diesem Dokument beigelegt.

Das Europäische Parlament insgesamt hat ebenfalls großes Interesse an den Ereignissen in Moldau. Die jüngste Entschließung des Parlaments wurde am 18. Dezember 2003 angenommen. Darin wurde die moldauische Regierung aufgefordert, „die demokratischen Prinzipien, die Grundrechte sowie die Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Minderheitensprachen, zu achten und den Prozess der wirtschaftlichen und sozialen Reformen verstärkt fortzusetzen, einschließlich der weiteren Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption“. Das Parlament hat in seinen Entschließungen zu Osteuropa die EU wiederholt aufgefordert, Moldau mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Ein jüngstes Beispiel ist die Entschließung vom 20. November 2003 über ein „Größeres Europa“, in der es „die Gemeinsame Initiative aller Parteien des Parlaments (begrüßt), mit der zur Unterstützung des Wunschs der Republik Moldau nach Integration in die Union, der in zunehmendem Maße zum verbindenden Element in dem Land wird, aufgefordert wird“.

Den Vorsitz führte von 1999 bis 2004 Herr Jan Marinus WIERSMA (PSE, Niederlande). Vorherige Vorsitzende der Delegation waren Frau Erika MANN (PSE, Deutschland) von 1997 bis 1999, und Frau Elisabeth SCHROEDTER (Verts/ALE, Deutschland) von 1994 bis 1996.

Interparlamentarische Treffen:

IPT EP-Ukraine/
IPT EP-Moldau 30. Juni – 4. Juli 1998 in Kyiw und Chisinau

Parlamentarischer Kooperationsausschuss EU-Republik:

Erstes Treffen des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Republik Moldau:	7. – 8. Oktober 1998 in Straßburg
Zweites Treffen des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Republik Moldau:	11. – 14. Oktober 1999 in Chisinau
Treffen des Vorstands des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Republik Moldau:	29. Februar 2000 in Brüssel
Treffen des Vorstands des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Republik Moldau:	10. Juli 2000 in Brüssel
Drittes Treffen des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Republik Moldau:	18. – 19. September 2000 in Brüssel
Treffen des Vorstands des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Republik Moldau:	20. Juni 2001 in Brüssel
Viertes Treffen des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Republik Moldau:	16. – 19. September 2001 in Chisinau
Ad-hoc-Delegation in die Republik Moldau:	5. – 6. Juni 2002 in Chisinau/Tiraspol
Fünftes Treffen des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Republik Moldau:	25. – 26. September 2002 in Straßburg
Treffen des Vorstands des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Republik Moldau:	19. März 2003 in Brüssel
Sechstes Treffen des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Republik Moldau:	11. Juni 2003 in Chisinau
Treffen des Vorstands des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Republik Moldau:	10. – 11. März 2004 in Straßburg

**PARLAMENTARISCHER AUSSCHUSS FÜR DIE
ZUSAMMENARBEIT EU-REPUBLIK MOLDAU**

SECHSTES TREFFEN

11. Juni 2003

CHISINAU

Schlussbemerkung und Empfehlungen

23. Juni 2003
EUR/TB/ES

PARLAMENTARISCHER AUSSCHUSS FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT EU-REPUBLIK MOLDAU

SECHSTES TREFFEN

11. Juni 2003
CHISINAU

Gemeinsamer Vorsitz: Herr Jan Marinus WIERSMA und Herr Victor STEPANIUC

Schlussbemerkung und Empfehlungen gemäß Artikel 89 des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens

Unter dem gemeinsamen Vorsitz von Herrn Jan Marinus WIERSMA (PES, Niederlande) und Herrn Victor STEPANIUC (Kommunistische Partei der Republik Moldau) fand am 11. Juni 2003 in Chisinau für das sechste Treffen des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Moldawien statt. Der Ausschuss traf sich zu einem Meinungsaustausch mit Herrn Vasile TARLEV, Premierminister der Republik Moldau als Vertreter der Regierung der Republik Moldau, S. E. Herrn Panagiotis GOUMAS, griechischer Botschafter für die Ukraine und Moldawien als Vertreter des amtierenden griechischen Ratsvorsitzes der Europäischen Union, und Herrn Steffen SKOVMAND, Geschäftsträger der Delegationsleitung für Moldawien in Kyiv als Vertreter der Europäischen Kommission.

Der Parlamentarische Kooperationsausschuss verständigte sich über die folgenden Punkte:

Zu den Beziehungen zwischen der EU und der Republik Moldau

1. Der Ausschuss hebt hervor, dass die EU eine Wertegemeinschaft darstellt, in der wie in den Kopenhagener Kriterien umrissen die Menschenrechte und die Demokratie respektiert werden; er wiederholt seine Auffassung, dass die Beziehungen zwischen der EU und Moldau auf der Anerkennung und Umsetzung dieser Werte beruhen.
2. Er begrüßt die Bestrebungen der Regierung und der Menschen in der Republik Moldau zu einer Vertiefung der Beziehungen mit der EU und alle diesbezüglichen Anstrengungen.
3. Er dringt darauf, dass die Republik Moldau und die europäischen Institutionen untersuchen, wie innerhalb eines realistischen politischen Rahmens, der auch die neuen politischen Rahmenbedingungen eines größeren Europas umfasst, wie es von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wird, weiterführende Beziehungen gestärkt werden können.
4. Der Ausschuss berücksichtigt, dass die Kommission einen individuellen Aktionsplan für die Republik Moldau ausarbeitet, und betont, dass der Erfolg dieses Planes von der aktiven Umsetzung der dazu notwendigen Verpflichtungen durch die moldauischen Behörden abhängig ist, und betont weiter, dass der Plan die Bestrebungen Moldawiens zu einer Integration in die EU in Betracht zieht.
5. Er hält fest, dass der gegenwärtige Erweiterungsprozess für die Menschen in der Republik Moldau im Hinblick auf Frieden und Sicherheit sowie in Bezug auf den wirtschaftlichen und

sozialen Wohlstand Vorteile bringen sollte; er nimmt den Wunsch der Republik Moldau zur Kenntnis, auf die gleiche Weise wie andere südosteuropäische Staaten behandelt werden zu wollen und wiederholt die Schlussfolgerungen der fünften Sitzung des Parlamentarischen Kooperationsausschusses zu diesem Thema.

6. Er wiederholt, dass er alle von der Regierung der Republik Moldau unternommenen Anstrengungen zur Angleichung der Rechtsvorschriften an die der EU und an europäische Standards unterstützt; er unterstreicht die Bereitschaft der EU zur Fortsetzung der Kooperation und Unterstützung bei der Annäherung der Rechtssysteme; er begrüßt die Aussicht eines Zugangs zum gemeinsamen Markt und bestärkt die Republik Moldau darin, alle notwendigen Schritte zum Erreichen dieses Zieles zu unternehmen.
7. Er erkennt die in der Mitteilung der Europäischen Kommission enthaltene Bestimmung an, die den Weg dafür freimacht, beim Handel mit Produkten aus Moldau diesen bevorzugt Zugang zum gemeinsamen Markt zu gewähren unter der Voraussetzung, dass diese Produkte die dafür erforderlichen Qualitätskriterien erfüllen.
8. Der Ausschuss begrüßt die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 5. Juni 2003, in der die Institutionen der EU dazu aufgefordert werden, die Durchführbarkeit einer Einbeziehung der Republik Moldau in den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess zu beurteilen und gegebenenfalls die dafür zu erfüllenden Bedingungen zu klären.
9. Er betont, dass die Republik Moldau ein unabhängiges Land mit dem Recht auf ihren eigenen politischen Weg ist, das starkes Interesse an der Entwicklung regionaler Zusammenarbeit besitzt und sich zu einer Annäherung an die EU entschieden hat.
10. Er begrüßt die Unterzeichnung einer Vereinbarung zum regionalen Elektrizitätsmarkt und dessen Einbeziehung in den EU-Binnenmarkt durch die Republik Moldau im November 2002 in Athen und ersucht die Behörden Moldaus, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die erfolgreiche Umsetzung dieses wichtigen regionalen Projektes sicherzustellen; er unterstützt den Wunsch der Republik Moldau, in das von der Europäischen Kommission ausgearbeitete ähnliche Projekt für Erdgas einbezogen zu werden.

Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Republik Moldau

11. Der Ausschuss bringt seine tiefe Besorgnis über den in den letzten Monaten zu verzeichnenden Anstieg der Staatsschulden zum Ausdruck und wiederholt seine Forderung an die Regierung der Republik Moldau, die Wirtschaftsreformen zu beschleunigen und enger mit internationalen Finanzinstitutionen zusammenzuarbeiten, um sich an die von der Weltwirtschaft gestellten Anforderungen anzupassen.
12. Er begrüßt die auf wirtschaftlichem Gebiet erzielten Fortschritte wie das Wachstum um 7,2 % im Jahre 2002 und die Verringerung der Inflation, betont aber dennoch, dass diese Verbesserungen allen Gruppen in der Gesellschaft, auch den alten Menschen und den Kindern, zugute kommen müssen. Er begrüßt daher die im Speranza-Zentrum auf dem Gebiet der nicht institutionalisierten Tagesbetreuung geleistete Pionierarbeit und dringt darauf, die gefährdete Kinder betreffenden Gesetzesentwürfe rasch zu verabschieden und umzusetzen.
13. Er bekräftigt seine Auffassung, dass weitere strukturelle, administrative und rechtliche Reformen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes notwendig sind; er unterstreicht die Bedeutung der Herstellung eines transparenten und sicheren Geschäftsklimas, das zu einem

Zufluss ausländischer Direktinvestitionen in die Republik Moldau führt und bei der Korruption nicht geduldet wird; er betont die Notwendigkeit der Durchführung signifikanter Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung als Voraussetzung zum Erhalt weiterer Hilfen seitens der EU.

14. Er unterstützt die Aufschiebung der Rückzahlungen an die Europäische Investitionsbank (EIB) seitens der Republik Moldau zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Investitionen in Infrastrukturprojekte in Koordination mit Programmen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und der Weltbank.

Zu den Menschenrechten und der freien Meinungsäußerung in der Republik Moldau

15. Der Ausschuss betont seinen Standpunkt, dass die Anerkennung der Grundprinzipien der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit die Grundlage für die Beziehungen zwischen der EU und Moldawien darstellen und wesentlicher Bestandteil des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens ist sowie den Verpflichtungen zugrunde liegt, die die Republik Moldau als Mitgliedsstaat des Europarates eingegangen ist.
16. Er stellt erneut fest, dass den Oppositionsparteien und den Interessen von Minderheiten uneingeschränkte Möglichkeiten gegeben werden müssen, aktiv am politischen Kurs des Landes mitzubestimmen; er unterstützt einen fortgesetzten Dialog zwischen Regierung und Opposition als Mittel zur Förderung der politischen Stabilität und diesbezüglich auch die Gespräche am runden Tisch und die Entwicklung weniger polarisierter politischer Verhältnisse.
17. Er unterstützt die Fortsetzung der Bemühungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zur Förderung einer Stärkung der Demokratie, der Menschenrechte, der Religionsfreiheit sowie der freien Meinungsäußerung in der Republik Moldau und begrüßt in dieser Hinsicht die positiven Schritte, die bis jetzt von der Regierung Moldaus unternommen worden sind. Er dringt auf die volle Umsetzung der Resolutionen des Rates vom 24. April 2002 und vom 26. September 2002.
18. Er nimmt die Schlussfolgerungen der OSZE/BDIMR zu den Kommunalwahlen am 25. Mai 2003 in der Republik Moldau zur Kenntnis, bekräftigt diese und fordert die Regierung von Moldawien dringend auf, Schritte zur Umsetzung der Empfehlungen zu unternehmen.

Zur Situation in Transnistrien

19. Der Ausschuss unterstreicht seine Position, dass die Lösung des Transnistrienproblems eines der Schlüsselemente bei der Förderung des wirtschaftlichen Wohlstands und der politischen Stabilität in der gesamten Republik Moldau darstellt; er betont erneut, dass es dringend erforderlich ist, Schritte zur friedlichen Lösung des Konfliktes zu unternehmen, die mit den OSZE-Erklärungen in Einklang stehen und die Souveränität und die territoriale Integrität der Republik Moldau vollständig anerkennen.
20. Er unterstützt die Versuche, im Rahmen des Gemeinsamen Verfassungsausschusses eine neue Verfassung für die Republik Moldau zu entwerfen und unterstreicht die Wichtigkeit von transparenten und offenen Debatten zu diesem Thema.
21. Er begrüßt den neuen, aktiven Ansatz der EU auf der Suche nach einer Beilegung des Streites über Transnistrien und begrüßt dabei insbesondere die Ernennung eines Beobachters für den

Gemeinsamen Verfassungsausschuss durch die EU. Er sieht mit Freude, dass die Institutionen der EU - das Europäische Parlament inbegriffen - eine aktivere Rolle bei der Suche nach einer verfassungsmäßigen Lösung des Konfliktes spielen; er begrüßt die stärkere Einbindung der EU in die Lösung von Grenzproblemen und sieht ebenfalls mit Freude das zunehmende Engagement der EU für die Umsetzung eines Abkommens, das auch die Möglichkeit der Entsendung von Friedenstruppen umfasst.

22. Er bedauert, dass es nicht gelungen ist, die auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul eingegangenen Verpflichtungen zu einem Abzug von Truppen und zu einer Beseitigung von Waffen aus Transnistrien bis zum vereinbarten Datum des 31. Dezember 2002 vollständig zu erfüllen, und fordert, die neue Frist vom 31. Dezember 2003 einzuhalten.

Zu Grenzfragen

23. Der Ausschuss wiederholt mit Nachdruck, dass er es als wichtig erachtet, eine gemeinsame Sicherung der Grenze vorzunehmen, die auf einem gemeinsamen Verständnis für den Kampf gegen das organisierte Verbrechen, die Bekämpfung von Terrorismus und Korruption sowie auf gemeinsamen Regeln für die Einwanderung, den Schutz von Asylsuchenden und die Wiederaufnahme beruht.
24. Er unterstützt die jüngsten Schritte der Europäischen Kommission zur Förderung einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit und begrüßt insbesondere die mögliche Einführung mobiler Überwachungseinheiten sowie das Zollabkommen zwischen Moldau und der Ukraine sowie die gegenseitige Anerkennung des neuen moldawischen Zollsiegels. Er nimmt darüber hinaus zur Kenntnis, dass die Republik Moldau eine größere Einbindung der EU bei Fragen der Grenzsicherheit wünscht.
25. Er unterstützt die Aktivitäten zur neuen Euroregion „Oberer Pruth“, die aus fünf Regionen in Moldau, der Ukraine und Rumänien besteht, und dabei insbesondere die Durchführung von Projekten im Bereich des Umweltschutzes; er bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Regierung Moldaus die vereinbarten Projekte auch finanziell unterstützt.

Zur Delegation der Europäischen Kommission

26. Der Ausschuss dringt darauf, eine ständige Delegation der Europäischen Kommission in Chisinau einzurichten und dies mit dem entsprechenden Nachdruck zu verfolgen; er betont, dass eine vollständige Delegation den politischen Einfluss der EU auf das Land beträchtlich verstärken und ihre Aktivitäten bündeln würde; er hält es nicht für möglich, die gegenwärtige Lage hinsichtlich der wichtigen und drängenden Anforderungen an die EU dauerhaft aufrechtzuerhalten und wiederholt seine Forderung an die Mitgliedsstaaten der EU, ihre diplomatische Präsenz in der Republik Moldau zu verstärken.

Einstimmig angenommen.